

Ekotechnika GmbH Walldorf

Testatsexemplar
Jahresabschluss
30. September 2014

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Building a better
working world



Inhaltsverzeichnis

Bestätigungsvermerk

Rechnungslegung

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis:

Den nachfolgenden Bestätigungsvermerk haben wir, unter Beachtung der gesetzlichen und berufsständischen Bestimmungen, nach Maßgabe der in der Anlage "Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt" beschriebenen Bedingungen erteilt.

Falls das vorliegende Dokument in elektronischer Fassung für Zwecke der Offenlegung im Bundesanzeiger verwendet wird, sind für diesen Zweck daraus nur die Dateien zur Rechnungslegung und im Falle gesetzlicher Prüfungspflicht der Bestätigungsvermerk resp. die diesbezüglich erteilte Bescheinigung bestimmt.



Bestätigungsvermerk

An die Ekotechnika GmbH

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung der Ekotechnika GmbH, Walldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2013 bis 30. September 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen in Abschnitt 3 ‚Bestandsgefährdende Risiken‘ im Anhang und die dort dargestellten Sachverhalte hin, wonach die Fortführung der Ekotechnika GmbH wesentlich davon abhängt, dass die folgenden Annahmen im Wesentlichen eintreffen:

- ▶ Erfolgreiche Umsetzung der im von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ("PWC") erstellten Sanierungsgutachten dargestellten Refinanzierungs- und Sanierungsmaßnahmen sowie von der Rechtswirksamkeit der am 6. Mai 2015 im Rahmen der Anleihegläubigerversammlung beschlossenen "Umtauschkapitalerhöhung". Die Rechtswirksamkeit tritt mit der Eintragung der "Umtauschkapitalerhöhung" im Handelsregister ein. Diese sieht vor, das gezeichnete Kapital von derzeit EUR 2.025.000,00 in Form einer vereinfachten Herabsetzung auf EUR 81.000,00 zu reduzieren und im Anschluss gegen Sacheinlage ("Umtauschkapitalerhöhung") in Höhe von EUR 1.539.000,00 auf EUR 1.620.000,00 zu erhöhen. Die Sacheinlage wird dadurch erbracht werden, dass die Anleihegläubiger die von ihnen gehaltenen Schuldverschreibungen auf die für die Ekotechnika GmbH fungierende Abwicklungsstelle übertragen. Als Gegenleistung für die Übertragung der Hauptforderung von insgesamt EUR 60,0 Mio. und der bis zum Datum der Eintragung der beschlossenen Kapitalmaßnahmen aufgelaufenen Anleihezinsen erhalten die Anleihegläubiger das Recht insgesamt 1.539.000 neue Aktien zu erwerben. Im Anschluss wird die Gesellschafterin Ekotechnika Holding GmbH eine Barkapitalerhöhung mit einer Bareinlage in Höhe von insgesamt EUR 3.040.000 leisten. Zum Aufstellungszeitpunkt des Abschlusses 2014 erwartet die Geschäftsführung, dass die Eintragung der Umtauschkapitalerhöhung überwiegend wahrscheinlich ist und die bis zum Ende der Anfechtungsfrist eingereichten Anfechtungsklagen der Eintragung im Handelsregister nicht entgegenstehen, so dass Zahlungsmittel zur Tilgung der ansonsten am 10. Mai 2015 fällig gewordenen Zinszahlungen sowie weiter fällig werdender Zinszahlungen sowie der am 10. Mai 2018 in Höhe von EUR 60,0 Mio. fälligen Anleihe nicht mehr benötigt werden.

- ▶ Fähigkeit der Ekotechnika Gruppe, zukünftig ausreichende Zahlungsmittel zur Begleichung von Verbindlichkeiten zu erwirtschaften. Dies schließt auch die Zahlungsmittel zur Tilgung von Bankkrediten ein, die zur Rückzahlung fällig sind, soweit diese nicht refinanziert respektive prolongiert werden. Zum Aufstellungszeitpunkt des Abschlusses 2014 erwartet die Geschäftsführung, dass die überwiegend kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten der Gruppe - ungeachtet der verschlechterten Ertragslage und ungeachtet des Umstands, dass im vergangenen Jahr die Kreditkonditionen von bestimmten kurz- und langfristigen Darlehen in Russland nicht eingehalten wurden - von den russischen Banken wie bisher regelmäßig prolongiert werden.

Eschborn/Frankfurt am Main, 23. Juni 2015

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Kausch-Blecken von Schmeling
Wirtschaftsprüfer


Titov
Wirtschaftsprüfer



Ekotechnika GmbH, Walldorf
Bilanz zum 30. September 2014

Aktiva	EUR	30.9.2013 EUR	Passiva	EUR	30.9.2013 EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Finanzanlagen			I. Gezeichnetes Kapital	2.025.000,00	2.025.000,00
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.000.000,00	10.088.194,25	II. Kapitalrücklage	6.000.000,00	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	<u>3.074.086,94</u>	<u>59.365.219,08</u>	III. Gewinnvortrag	27.504,94	18.838,85
	8.074.086,94	69.453.413,33	IV. Jahresfehlbetrag (Vj. -überschuss)	-61.034.010,81	8.666,09
			V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<u>52.981.505,87</u>	<u>0,00</u>
B. Umlaufvermögen				0,00	2.052.504,94
I. Vorräte			B. Rückstellungen		
fertige Erzeugnisse und Waren	30.980,09	28.057,85	1. Steuerrückstellungen	75.355,15	259.572,86
			2. Sonstige Rückstellungen	<u>35.000,00</u>	<u>95.106,10</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				110.355,15	354.678,96
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	23.076,31	728,94	C. Verbindlichkeiten		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.763.991,41	8.297.500,88	1. Anleihen	62.291.917,86	62.291.917,82
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.286.055,96</u>	<u>355.248,46</u>	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	13.083.495,84
	6.073.123,68	8.653.478,28	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	65.144,88	174.260,07
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.933,61	13.269,91	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	<u>4.221.102,57</u>	<u>219.868,34</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	28.506,60		66.578.165,31	75.769.542,07
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<u>52.981.505,87</u>	<u>0,00</u>	D. Rechnungsabgrenzungsposten	476.109,73	0,00
	<u><u>67.164.630,19</u></u>	<u><u>78.176.725,97</u></u>		<u><u>67.164.630,19</u></u>	<u><u>78.176.725,97</u></u>

Ekotechnika GmbH, Walldorf
Gewinn- und Verlustrechnung für 2013/2014

	2012/2013	
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	1.652.833,28	3.778.296,14
2. sonstige betriebliche Erträge davon Erträge aus der Währungsumrechnung EUR 255.035,13 (Vj. EUR 124.847,60)	545.380,68	294.175,81
	<u>2.198.213,96</u>	<u>4.072.471,95</u>
3. Materialaufwand	1.564.886,26	3.602.920,63
4. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	4.016.449,67	0,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung EUR 396.343,71 (Vj. EUR 90.196,66)	1.265.230,15	3.260.905,88
	<u>6.846.566,08</u>	<u>6.863.826,51</u>
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen EUR 5.225.392,14 (Vj. EUR 8.243.406,77)	5.603.959,42	8.244.168,12
7. Abschreibungen auf Finanzanlagen	54.354.501,80	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen EUR 29.917,81 (Vj. EUR 51.097,29)	7.635.116,31	5.280.409,09
	<u>-56.385.658,69</u>	<u>2.963.759,03</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-61.034.010,81	172.404,47
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>0,00</u>	<u>163.738,38</u>
11. Jahresfehlbetrag (Vj. -überschuss)	<u><u>-61.034.010,81</u></u>	<u><u>8.666,09</u></u>

Anhang 2013/2014 Ekotechnika GmbH, Walldorf

A. Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 30. September 2014 wurde gemäß §§ 242 ff. und 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG aufgestellt. Auf die Rechnungslegung der Gesellschaft finden die Vorschriften für kleine Kapitalgesellschaften im Sinne von § 267 HGB Anwendung.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Größenabhängige Erleichterungen wurden bei der Aufstellung und Offenlegung des Jahresabschlusses gemäß §§ 264 und 288 Absatz 1 HGB in Anspruch genommen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten zzgl. Anschaffungsnebenkosten oder ihrem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Vor dem Hintergrund der negativen Geschäftsentwicklung wurden sämtliche Finanzanlagen einer Überprüfung auf Dauerwertminderungen unterzogen. Als Ergebnis dieser Überprüfung wurde eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung auf Finanzanlagen (Beteiligungen und finanzielle Vermögenswerte) in Höhe von TEUR 54.354 unter der Position „Abschreibung auf Finanzanlagen“ erfasst.

Die negative Geschäftsentwicklung in den operativen Tochtergesellschaften in Russland basiert im Wesentlichen auf folgenden drei Einflussfaktoren:

- 1) Seit 2013 hat sich die russische Wirtschaft deutlich langsamer entwickelt als in den Jahren zuvor.
- 2) Zu Beginn des Jahres 2014 eskalierte die Krise in der Ukraine. Dies führte zu einem starken politischen Konflikt zwischen Russland und der Europäischen Union sowie den Vereinigten Staaten, in dessen Folge Wirtschaftssanktionen gegen Russland in Kraft gesetzt wurden.
- 3) In der zweiten Jahreshälfte 2014 fiel der Ölpreis um ca. die Hälfte, was die rohstoffabhängige russische Wirtschaft besonders negativ traf.

Aus diesen Faktoren resultierte eine deutliche Abwertung des russischen Rubels gegenüber EUR und US Dollar, sowie ein massiver Anstieg der Finanzierungskosten in Russland. Diese beiden Faktoren wiederum führten zu einem deutlichen Nachfragerückgang von Seiten der russischen Landwirte sowie zu einem Anstieg der Finanzierungskosten der Gesellschaften der Ekotechnika Gruppe. Unabhängig von der Entwicklung des operativen Geschäfts ergaben sich hohe negative Einflüsse aus Fremdwährungskursen.

Umlaufvermögen

Die Vorräte wurden zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Fremdkapitalzinsen wurden nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Die Vorräte wurden in allen Fällen verlustfrei bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr sind abgezinst.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten wurden zum Nennwert angesetzt.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Die **Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie wurden in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angesetzt.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 hat die Ekotechnika GmbH eine Unternehmensanleihe mit einem Emissionsvolumen von 60 Mio. EUR begeben. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 5 Jahren bis Mai 2018 mit einer jährlichen Zinszahlung von 9,75 %. Die Zinsverbindlichkeit der Anleihe belief sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 2.292 (Vj. TEUR 2.292).

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten wurden grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurde dabei das Realisationsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB) und das Anschaffungskostenprinzip (§ 253 Abs. 1 Satz 1 HGB) beachtet.

C. Bestandsgefährdende Risiken

Refinanzierungsrisiken

Die Abhängigkeit davon, ob es den in Russland ansässigen operativen Gesellschaften der Ekotechnika Gruppe gelingt, ausreichende Zahlungsmittel aus der Geschäftstätigkeit zu erwirtschaften, um die gesamten Verbindlichkeiten der Gruppe zu bedienen, stellt eine wesentliche Unsicherheit hinsichtlich der Fortführungsfähigkeit der Ekotechnika GmbH dar. Basierend auf den aktuellen Plänen der Gruppe und unter Berücksichtigung der damit verbundenen Unsicherheit geht das Management zum Aufstellungszeitpunkt des Abschlusses 2014 davon aus, dass die russischen Tochtergesellschaften in der Lage sein werden, sich in der absehbaren Zukunft ausreichend mit Mitteln versorgen zu können, um ihre Tätigkeit fortzuführen. Dies schließt auch die Refinanzierung von Bankkrediten ein, die in 2015 zur Rückzahlung fällig sind, soweit diese die Mittel übersteigen, die aus dem operativen Geschäft generiert werden. Hintergrund hierfür ist, dass die in Russland ansässigen operativen Gesellschaften der Gruppe kurzfristige Kredite von russischen Banken nutzen. Der überwiegende Anteil dieser Kreditlinien wird regelmäßig verlängert. Die Unternehmensleitung geht davon aus, dass dies auch in der Zukunft der Fall sein wird. Sollte entgegen der Erwartung der Geschäftsleitung die Versorgung mit Zahlungsmitteln aus dem operativen Geschäft und über externe Finanzierungen nicht möglich sein, so könnte dies ggf. die Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens zur Folge haben.

Finanzielle Restrukturierung und Sanierungskonzept

Aufgrund der erheblichen negativen Entwicklung im Geschäftsjahr 2013/2014 und in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres beschloss die Geschäftsleitung am 10. März 2015 zusammen mit der Gesellschafterin eine finanzielle Restrukturierung der im Jahr 2013 emittierten Unternehmensanleihe durchzuführen.

Am 06. Mai 2015 fand in Walldorf die zweite Gläubigerversammlung statt, nachdem die sog. erste Gläubigerversammlung (Abstimmung ohne Versammlung) aufgrund des verfehlten Quorums nicht beschlussfähig war. In der zweiten Gläubigerversammlung stimmte die notwendige Mehrheit der Anleihegläubiger den Eckpunkten der finanziellen Restrukturierung der Gesellschaft zu. Der Ablauf dieser Restrukturierung beinhaltet folgende Schritte:

- Kapitalherabsetzung des Stammkapitals im Verhältnis 25:1. Das heißt, das Stammkapital wird von TEUR 2.025 auf TEUR 81 herabgesetzt.
- Umwandlung des Nominalbetrags der Unternehmensanleihe sowie der aufgelaufenen Zinsen in Eigenkapital. In diesem Zuge wird das Stammkapital durch Einbringung der Unternehmensanleihe als Sacheinlage um TEUR 1.539 auf TEUR 1.620 erhöht.
- Anschließend erfolgt eine Barkapitalerhöhung um TEUR 1.520 auf TEUR 3.140. Die Barkapitalerhöhung wird von der Ekotechnika Holding GmbH durchgeführt, die hierfür TEUR 3.040 in die Gesellschaft einbringt.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen schafft für die Ekotechnika GmbH sowie für die gesamte Gruppe die Voraussetzungen, um aufbauend auf einer soliden Bilanz die weitere Unternehmensentwicklung voran zu bringen, indem Zahlungsmittel zur Tilgung der ansonsten am 10. Mai 2015 fällig gewordenen Zinszahlungen sowie weiterer fällig werdender Zinszahlungen sowie zur am 10. Mai 2018 in Höhe von EUR 60,0 Mio. fällig werdenden Rückzahlung der Anleihe nicht mehr benötigt werden.

Absicherung des Sanierungskonzepts

Um die Umsetzung des Sanierungskonzepts abzusichern, hat die Anleihegläubigerversammlung vom 6. Mai 2015 zudem eine Stundung der am 10. Mai 2015 fälligen Zinsansprüche und den vorübergehenden Ausschluss von Kündigungsrechten beschlossen.

Vollziehung des Sanierungskonzepts

Die Umsetzung und das Wirksamwerden der vorbeschriebenen Maßnahmen hängen davon ab, dass verschiedene Voraussetzungen und Bedingungen eintreten. Die Grundvoraussetzung, dass die Anleihegläubiger die vorgehend beschriebenen Maßnahmen beschließen, ist seit der Anleihegläubigerversammlung vom 6. Mai 2015 erfüllt.

Bis zum Ablauf der Anfechtungsfrist für die Beschlüsse der Anleihegläubigerversammlung am 11. Juni 2015 sind beim Landgericht Heidelberg drei Klagen eingegangen, die sich gegen die Wirksamkeit der Beschlüsse der Anleihegläubigerversammlung vom 6. Mai 2015 richten.

Die Gesellschaft plant, beim OLG Karlsruhe einen Antrag nach § 20 Abs. 3 Satz 4 SchVG i. V. m. § 246a AktG einzureichen, und zwar mit dem Begehren festzustellen, dass die Erhebung der Klagen dem Vollzug der angefochtenen Beschlüsse nicht entgegensteht und Mängel dieser Beschlüsse die Wirkung des Vollzugs unberührt lassen ("Freigabeantrag").

Die Geschäftsführer haben die Sozietät GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB beauftragt, die Erfolgsaussichten eines solchen Freigabeantrags zu prüfen. Das entsprechende Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass ein Freigabeantrag mit überwiegender Wahrscheinlichkeit (>50 %) Erfolg haben wird. Die Geschäftsführer kommen zu dem gleichen Ergebnis und halten die Erfolgsaussichten für einen positiven Freigabebeschluss durch das zuständige OLG Karlsruhe für überwiegend wahrscheinlich.

Vor diesem Hintergrund hält es die Geschäftsführung für überwiegend wahrscheinlich, dass die Beschlüsse der Anleihegläubigerversammlung vom 6. Mai 2015 alsbald, voraussichtlich Anfang des Geschäftsjahres 2015/2016, vollziehbar werden mit der Folge, dass die dabei beschlossenen Kapitalmaßnahmen im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen werden können.

Die Alleingesellschafterin, Ekotechnika Holding GmbH, hat bereits angekündigt, die erforderlichen Gesellschafterbeschlüsse (Kapitalmaßnahmen und Formwechsel) zu fassen, sobald die Beschlüsse der Anleihegläubigerversammlung vollziehbar werden. Danach wird die Geschäftsführung die Beschlüsse der Anleihegläubiger und der Gesellschafterversammlung in Übereinstimmung mit den rechtlichen Vorgaben so schnell wie möglich umsetzen.

Insgesamt hält die Geschäftsführung die erfolgreiche Umsetzung der Anleihe-
restrukturierung wie von der Anleihegläubigerversammlung der Ekotechnika-An-
leihe am 6. Mai 2015 beschlossen für überwiegend wahrscheinlich (>50 %).

D. Abweichungen von den bisherigen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Geschäftsjahr 2013/2014 wurden die folgenden Bilanzposten angepasst:

Ausleihungen an verbundene Unternehmen:

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden die im Zusammenhang mit den ausgereichten
Darlehen entstandenen Zinsforderungen in Höhe von TEUR 2.085 unter
Finanzanlagen ausgewiesen. Vor dem Hintergrund, dass die Zinsforderungen
gemäß Vereinbarungen sofort fällig sind, erfolgte im Geschäftsjahr 2013/2014 eine
entsprechende Umgliederung von Vorjahreswerten zum Umlaufvermögen unter
Forderungen gegen verbundene Unternehmen.

Sonstige betriebliche Erträge:

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen wurden im Geschäftsjahr 2012/2013
Provisionserträge aufgrund der Gewährung von bestimmten konzerninternen
Finanzierungsleistungen in Höhe von TEUR 4.019 ausgewiesen. In 2013/2014
wurden die Vorjahreswerte in Höhe von TEUR 4.019 zu sonstigen Zinsen und
ähnlichen Erträgen umgliedert.

E. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Finanzanlagen

Bedingt durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und der Lage in
Russland wurden die Anteile und Ausleihungen an verbundenen Unternehmen um
TEUR 54.354 außerplanmäßig abgeschrieben.

Die Ausleihungen enthalten solche an Gesellschafter in Höhe von TEUR 2.931.

Angaben zum Anteilsbesitz

Die Ekotechnika GmbH ist unmittelbar mit 99,99 % am Kapital der OOO „EkoNiva –
Technika Holding“ mit Sitz in Woronesch, Russland beteiligt. Das Eigenkapital
dieser Gesellschaft betrug zum 30.09.2014 -67.643 TRUB, das Ergebnis des
laufenden Geschäftsjahres zum 30.09.2014 betrug -177.141 TRUB.

Mittelbar ist die Ekotechnika GmbH zu mehr als 20 % an folgenden Gesellschaften beteiligt:

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft		
OOO EkoNiva-Technika	Odincovo, Russland	EK 30.09.2014	1.077.854 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	9.691 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO EkoNiva Chernozemje	Voronezh, Russland	EK 30.09.2014	650.340 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	65.928 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO EkoNiva – Sibir	Novosibirsk, Russland	EK 30.09.2014	383.094 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	3.219 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO EkoNiva Kaluga	Kaluga , Russland	EK 30.09.2014	-23.597 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	-11.155 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO Abris	Voronezh, Russland	EK 30.09.2014	1.434 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	61 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO EkoNiva- Vladimir	Vladimir, Russland	EK 30.09.2014	-20.521 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	76 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO EkoNiva – Vjatka	Kirov, Russland	EK 30.09.2014	-6.547 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	-279 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO EkoNiva – Kostroma	Kostroma, Russland	EK 30.09.2014	587 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	-213 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO EkoNiva – Rjazan	Rjazan, Russland	EK 30.09.2014	-12.754 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	-206 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO EkoNiva - Farm	Tula, Russland	EK 30.09.2014	43.017 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	138 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
OOO Niva Projekt	Kursk, Russland	EK 30.09.2014	-3.433 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	-407 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 49,995
OOO Niva Stroj	Kaluga , Russland	EK 30.09.2014	68 TRUB
		Ergebnis 30.09.14	-1.234 TRUB
		Höhe des Anteils	in % 99,99
Niva Control GmbH	Walldorf, Deutschland	EK 31.12.2014	45 TEUR
		Ergebnis 2014	2 TEUR
		Höhe des Anteils	in % 30,00

Die Angaben zu Eigenkapital und Ergebnis erfolgen mit Ausnahme der Niva Control GmbH in TRUB. Der Umrechnungskurs zum 30.09.2014 betrug 49,9540 Rubel/Euro, der durchschnittliche Umrechnungskurs im Zeitraum 01.10.2013 – 30.09.2014 betrug 47,0643 Rubel/Euro.

Die Werte der russischen Tochtergesellschaften sind gemäß den in Russland anerkannten Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung („RAS“) ermittelt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthalten TEUR 3.848,5 Forderungen gegen Gesellschafter. Es handelt sich dabei um Forderungen aus Darlehen in Höhe von TEUR 2.931 und Zinsforderungen in Höhe von TEUR 917.

Eigenkapital

Um der negativen Kapitalentwicklung entgegen zu wirken, haben die Gesellschafter im Juni 2014 eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von EUR 6,0 Mio. geleistet.

Anleihe und Verbindlichkeiten

Unter Anleihe sind Zinsverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.292 (Vj. TEUR 2.292) ausgewiesen. Die Restlaufzeit der Zinsverbindlichkeiten beträgt bis zu einem Jahr. Die Rückzahlungsverpflichtung der gesamten Anleihe in Höhe von TEUR 60.000 (Vj. TEUR 60.000) hat eine Restlaufzeit von über einem bis fünf Jahren. Die Zahlungsverpflichtung der Zinsen entsteht zum 10. Mai 2015.

Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von über 5 Jahren liegen nicht vor.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bestehen wie im Vorjahr nicht.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich ausschließlich aus den abgegrenzten Provisionserträgen zusammen, die in Rahmen der konzerninternen Finanzierungsleistungen im Jahr 2012/2013 vereinnahmt wurden. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde in Höhe von TEUR 583 zum 1. Oktober 2013 gebildet. Der Abgrenzungsposten wird linear bis zum 15. Februar 2019 aufgelöst. Aufgrund der Umwandlung der betreffenden Darlehensforderungen in Beteiligung im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2014/2015, erfolgte die ergebniswirksame Auflösung vollständig zu diesem Zeitpunkt. Im Geschäftsjahr 2013/2014 wurden insgesamt TEUR 107 ergebniswirksam aufgelöst. Vor dem Hintergrund, dass bei den Provisionserträgen um die Finanzierungstätigkeiten der Gesellschaft handelte, erfolgte die Auflösung über den Posten Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge.

Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten

Der Posten enthält außerordentliche Aufwendungen aufgrund der im Geschäftsjahr 2013/2014 durchgeführten Abschreibung in Höhe von TEUR 3.605 auf den nicht werthaltigen Teil der im Vorjahr aktivierten Provisionsforderungen im Zusammenhang mit konzerninternen Finanzierungsleistungen.

F. Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse

Die Ekotechnika GmbH hat zu Gunsten der Credit Bank of Moscow (MKB) Garantien und Bürgschaften im Gesamtbetrag von EUR 29,5 Mio. abgegeben. Diese betreffen zu EUR 23 Mio. einen Kredit der MKB an die Ekotechnika Holding GmbH, die als Sicherheit auch die Anteile an der Ekotechnika GmbH verpfändet hat. Zu EUR 6,5 Mio. sind Darlehen an operative Gesellschaften der Ekotechnika-Gruppe zur Handelsfinanzierung besichert.

Die Ekotechnika Holding GmbH hat bereits einen neuen Kreditvertrag abgeschlossen, aus dem ihr bis zum 31.7.2015 neue Mittel in Höhe von EUR 23 Mio. zufließen werden; damit wird der Kredit der MKB vollständig abgelöst. Aus diesem Grund geht die Geschäftsführung davon aus, hier nicht in Anspruch genommen zu werden.

Die Geschäftsführung geht weiterhin von einer erfolgreichen Umsetzung der unter dem Abschnitt C. Bestandsgefährdende Risiken beschriebenen Maßnahmen aus. Dies wird zu einer deutlichen Verbesserung der Bilanzrelationen der Ekotechnika-Gruppe führen, so dass das Risiko der Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen im Hinblick auf die Handelsfinanzierung als gering eingeschätzt wird.

Unternehmensorgane

Geschäftsführer

Stefan Dürr , Diplom Geoökologe, Geschäftsführer, ab 6. März 2015

Wolfgang Bläsi, Diplom Betriebswirt (FH), Geschäftsführer

Olga Ohly, Agrarökonomin, Geschäftsführerin, bis 9. März 2015

jeweils alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Konzernverhältnisse

Die Ekotechnika GmbH stellt als Mutterunternehmen den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von einbezogenen Unternehmen auf. Dieser ist im elektronischen Bundesanzeiger erhältlich.

Walldorf, den 23. Juni 2015

Wolfgang Bläsi

Stefan Dürr



Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Wir, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, haben unsere Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung im Auftrag der Gesellschaft vorgenommen. Neben der gesetzlichen Funktion der Offenlegung (§ 325 HGB) in den Fällen gesetzlicher Abschlussprüfungen richtet sich der Bestätigungsvermerk ausschließlich an die Gesellschaft und wurde zu deren interner Verwendung erteilt, ohne dass er weiteren Zwecken Dritter oder diesen als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Das in dem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis von freiwilligen Abschlussprüfungen ist somit nicht dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen Dritter zu sein, und nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden.

Unserer Tätigkeit liegt unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung einschließlich der "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2002 zugrunde.

Klarstellend weisen wir darauf hin, dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer das in vorstehendem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf - außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen - der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfasst nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlass ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10 Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.